

Reformstau bei klimaschädlichen Subventionen auflösen

Warum viele staatliche Vergünstigungen auf den Prüfstand sollten

AUSGANGSLAGE

Schon die Ampelregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abzubauen. Gelungen ist dies bislang nicht. Die aktuelle Regierung wollte schließlich alle Subventionen einer Prüfung unterziehen, die noch immer anzudauern scheint. Eine neue detaillierte Analyse des FÖS im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zeigt: Das gesamte (teilweise) klimaschädliche Subventionsvolumen lag **2024 bei rund 66 Milliarden Euro**, was etwa 14 Prozent des Bundeshaushaltes im selben Jahr entsprach. Fast die Hälfte der betrachteten Subventionen (31,3 Milliarden Euro) betreffen den Verkehrssektor, 26,4 Milliarden sind es im Energiesektor. Die Land- und Forstwirtschaft erhält 8,5 Milliarden Euro an (teilweise) klimaschädlichen Subventionen.

Die Erfassung und Bewertung der einzelnen Subventionen ist jedoch komplex: Nicht immer lässt sich die Klimawirkung exakt bestimmen, zum Teil gibt es auch ambivalente Wirkrichtungen, z.B. bei der Vergünstigung von Strom, die die Elektrifizierung vorantreibt, bei einem nach wie vor hohen fossilen Anteil im Strommix aber auch klimaschädliche Wirkungen aufweist. Daher differenziert die Studie erstmals auch nach **teilweise klimaschädlichen Subventionen** und weist diese gesondert aus.

2024 gewährte die Bundesregierung (teilweise) klimaschädliche Subventionen in Höhe von 66,2 Milliarden Euro.

Ein ausgewogenes Reformpaket verspricht eine dreifache Dividende.

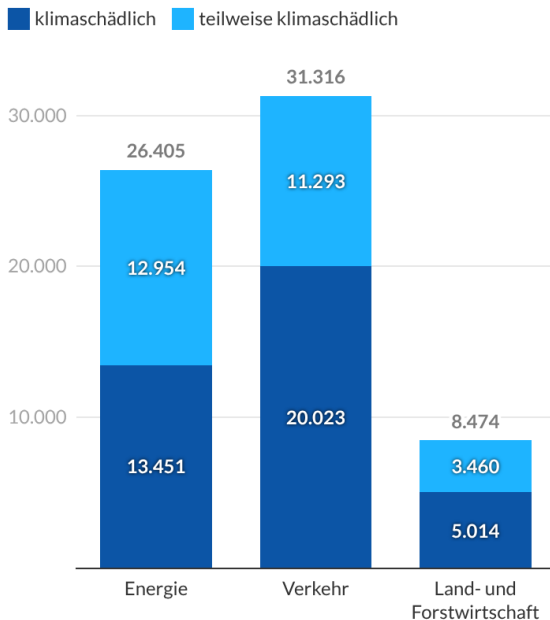
Als **eindeutig klimaschädlich** werden 30 Regelungen im Volumen von rund **38,4 Milliarden Euro** eingestuft, weitere 15 in Höhe von **27,8 Milliarden Euro** werden als **teilweise klimaschädlich** eingeordnet. Abbildung 1 zeigt, wie sich die Subventionen über die drei Sektoren Energie, Verkehr und Land- und Forstwirtschaft verteilen.

Die größten Posten sind die kostenlose Zuteilung von CO₂-Emissionsberechtigungen für Industrie und Wärme (7,6 Milliarden Euro), die Energiesteuerbefreiung des Kerosins (7,4 Milliarden Euro) und die Energiesteuervergünstigung für Dieselkraftstoff (6,5 Milliarden Euro) (s. Abbildung 2).

LÖSUNGSANSÄTZE

Bei einer Reform sollte es nicht um die reine Konsolidierung des Haushalts gehen. Vielmehr ist entscheidend, klimaschädliche Anreize abzubauen oder durch klimafreundliche zu ersetzen, die Zielgenauigkeit der Subventionen zu verbessern und so staatliche Mittel effizienter einzusetzen. Um den Reformstau bei klimaschädlichen Subventionen aufzulösen, ist eine pauschale Kürzung nach dem Rasenmäherprinzip also wenig zielführend. Stattdessen sind Einzelbewertungen angezeigt, was in einem ersten Schritt Transparenz über gewährte (klimaschädliche) Subventionen und ihre tatsächliche Wirksamkeit voraussetzt. Im Bericht wird daher auch aufgezeigt, welche Subventionen bislang noch keinen Eingang in die offizielle Berichterstattung des Bundesfinanzministeriums finden.

ABBILDUNG 1: Subventionen nach Sektor
Subventionsvolumen 2024 in Millionen Euro



Quelle: eigene Darstellung nach Fiedler et al. (2026)

ABBILDUNG 2: Subventionen nach Volumen

Subventionsvolumen 2024 in Millionen Euro, dargestellt sind die sechs größten (teilweise) klimaschädlichen Subventionen.

Kostenlose Zuteilung von CO₂-Emissionsberechtigungen (Industrie und Wärme)

7.605

Energiesteuerbefreiung bei Kerosin (international und national)

7.379

Energiesteuervergünstigung Diesel

6.483

Entfernungspauschale

6.200

Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge

5.657

Dienstwagenprivileg

4.920

Quelle: eigene Darstellung nach Fiedler et al. (2026)

Schließlich braucht es ein ausgewogenes Reformpaket, das wirtschaftliche und ökologische Ziele in Einklang bringt, entstehende Lasten fair verteilt und Planungssicherheit schafft. Politische Entwicklungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Reformbemühungen in diese Richtung ein **politischer Kraftakt** mit vielen berechtigten Anliegen sind. Um Überraschungen, Missverständnissen und Überforderungen vorzubeugen, braucht es daher einen sensiblen Aushandlungsprozess unter frühzeitiger Einbeziehung der entsprechenden Stakeholder.

Der Lohn wäre eine **dreifache Dividende**: Der Klimaschutz gewinnt, die Staatskasse wird entlastet und die soziale Gerechtigkeit verbessert. Um diese Dividende zu erreichen und ein Fortbestehen unzeitgemäßer Steuervorteile zu vermeiden, ist die Politik nun gefordert, einen tragfähigen Kompromiss zwischen den vielen Interessen und Zielsetzungen zu finden und dabei ökologische Notwendigkeiten nicht aus den Augen zu verlieren.

Kurz gesagt

- Trotz vielfach angekündigter Reformen ist der Handlungsbedarf weiterhin hoch: Das Volumen (teilweise) klimaschädlicher Subventionen betrug 2024 immer noch rund 66 Milliarden Euro.
- Ein ausgewogenes Reformpaket sollte klimaschädliche Anreize reduzieren und die Effizienz und Verteilung staatlicher Subventionen erhöhen. Dabei bedarf es eines sensiblen Interessenausgleiches anstelle pauschaler Kürzungen.



[Hier geht es zur Studie](#)